

Bundesministerin Brigitte Zypries
Bundwirtschaftsministerium Berlin
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin
Postal address: 11019 Berlin

24. Juli 2017

Berlin, Deutschland

Ersuchen an die deutsche Bundesregierung, ihre Unterstützung für den Tiefseebergbau einzustellen

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Wir schreiben Ihnen, um unsere tiefe Besorgnis zum Ausdruck zu bringen über die Rolle, die Deutschland bei der Unterstützung der Entwicklung des Tiefseebergbaus spielt. Wir möchten Sie bitten, 1) die Förderung der Erkundung in den Gewässern außerhalb nationaler Gerichtsbarkeit (Das Gebiet) einzustellen, 2) die Anträge auf künftige Explorations- und Abbauizenzen nicht zu unterstützen 3) sicherzustellen, dass die Internationale Meeresbodenbehörde das Vorsorgeprinzip anwendet.

Deutschland unterstützt einen Tiefsee-Explorationsvertrag bei der Internationalen Meeresbodenbehörde und fördert damit aktiv den Tiefseebergbau. Nach unserem Ersuchen hoffen wir, dass Deutschland seine Unterstützung für den Tiefseebergbau revidiert und stattdessen ein Vorreiter zum Schutz der Tiefsee wird.

Tiefseebergbau stellt eine ernsthafte Bedrohung für die globale Nachhaltigkeit da und steht im direkten Konflikt mit den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung gemäß den Vereinten Nationen (Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen). Viele wissenschaftliche Warnungen deuten darauf hin, dass eine strenge Anwendung des Vorsorgeprinzips dringend erforderlich ist, um die Tiefsee vor diesem aufstrebenden Sektor zu schützen.

Darüber hinaus wies die jährliche Evaluierung der Internationalen Meeresbodenbehörde 2016 schwere strukturelle Mängel im Bereich Transparenz und Kapazität auf und stellte somit die Fähigkeit der Institution in Frage, die Tiefsee wirksam und effektiv zu regulieren.

Die Tiefsee ist ein fragiles und anfälliges Ökosystem, und die Umweltauswirkungen des Tiefseebergbaus bergen das Risiko einen irreparablen Schaden an der Artenvielfalt der Tiefsee zu verursachen. Im Gegensatz dazu sind die sozioökonomischen Vorteile, wenn überhaupt vorhanden, von kürzerer Dauer. Große Lücken im wissenschaftlichen Kenntnisstand und viele Unsicherheiten fordern eine strenge Interpretation und Anwendung des Vorsorgeprinzips, beginnend mit der Suche nach nachhaltigeren Alternativen.

Tiefseebergbau ist nicht erforderlich, um die zukünftige Nachfrage nach Rohstoffen zu erfüllen - es wird nur durch geopolitische und geoökonomische Erwägungen getrieben. Nachhaltige Alternativen stehen zur Verfügung. Die Reduzierung der Rohstoffnachfrage durch eine bessere Produktentwicklung, -Austausch, -Wiederverwertung, -Reparatur und Recycling, sowie die Entwicklung neuer Materialien und eine Veränderungen in unserem Lebensstil, sind die Schlüssel zur Lösung. Jedes Jahr bleiben 100 Millionen Mobiltelefone in der EU ungenutzt, weniger als 10% werden recycelt. Dies stellt eine enorme Menge an Gold und anderen Edelmetallen dar, die verschwendet werden. Diese Zahlen zeigen das enorme Potenzial, durch politische Reformen eine Steigerung der Ressourceneffizienz weltweit zu bewirken.

Während der jüngsten Ozeankonferenz der Vereinten Nationen, die von BUND, unserer deutschen Mitgliedsorganisation, und 37 weiteren NGOs weltweit unterstützt wurde, forderte Seas At Risk die internationale Gemeinschaft auf, den Tiefseebergbau zu stoppen und stattdessen auf nachhaltige Alternativen zu setzen. Letzteres findet sich in einem vollständigen Übergang hin zu nachhaltigem Konsum und Produktion, ein Weg, auf dem Deutschland bereits international führend ist.

Anfang August, auf der jährlichen Sitzung der Internationalen Meeresbodenbehörde werden die Mitgliedsländer über die Empfehlungen der Wirtschaftsprüfung der Internationalen Meeresbodenbehörde sowie über das Verfahren zur Entwicklung von Umweltschutzregelungen für den Tiefseebergbau abstimmen. Wir hoffen, dass Deutschland hier eine strikte Anwendung des Vorsorgeprinzips verteidigen wird.

Gemäß UNCLOS sind die Ressourcen der Tiefsee das gemeinsame Erbe der Menschheit. Wir vertrauen auf Ihre guten Verwaltungspraktiken, um dieses Erbe für zukünftige Generationen zu sichern.

Hochachtungsvoll,



Dr. Monica Verbeek
Geschäftsführerin, Seas At Risk
mverbeek@seas-at-risk.org

CC:

Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Barbara Hendricks
Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Dr. Johanna Wanka
Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Alexander Dobrindt
Präsidentin des Umweltbundesamtes Maria Krautzberger

Beiliegend: Tiefsee-Bergbau hat keinen Platz in einer Zukunft, die durch die 2030 Agenda für eine nachhaltige Entwicklung geprägt ist. Erklärung für die Ozeankonferenz der Vereinten Nationen, New York, 5.-9. Juni 2017